

Stand: 15.12.2011

**Einbringung
des Haushaltsplan-Entwurfes 2012
in den Rat
der Gemeinde Jüchen
am 15. Dezember 2011**



Harald Zillikens

Bürgermeister

- Es gilt das gesprochene Wort -

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

schon traditionsgemäß lege ich Ihnen heute in der Dezember-Sitzung des Rates den Haushaltsentwurf des folgenden Jahres vor. Es fällt in diesem Jahr wohl den meisten Bürgermeistern und Kämmerern nicht leicht, ihren Haushalt in den Rat einzubringen. Für mich gilt das in diesem Jahr im besonderen Maß. Die derzeitige und die zu erwartende Haushaltslage macht es, wie auch die Entwicklung bei einem unserer größten Arbeitgeber, der Fa. Polo, nicht leicht, den Kopf oben zu halten.

Ich möchte an dieser Stelle eine Satz, der dem ehemaligen OB von Stuttgart, Manfred Rommel zugeschrieben wird, zitieren:

„Mir sind unbequeme Wahrheiten lieber als bequeme Unwahrheiten“

In diesem Sinn werde ich Ihnen den Entwurf des Haushalts 2012 vorstellen und auch versuchen, Wege aufzuzeigen, wie wir gemeinsam die drohende Überschuldung vermeiden können.



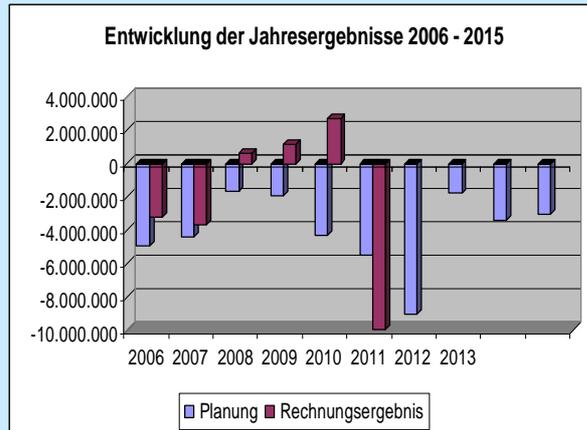
Eckdaten des Haushaltsplan-Entwurfs 2012

Haushaltsbuch 2012 – Entwurf

• Ergebnisplan	
Erträge:	33.365.299 €
Aufwendungen:	42.507.433 €
• Finanzplan (laufende Verwaltungstätigkeit)	
Einzahlungen:	31.304.845 €
Auszahlungen:	38.264.542 €
• Investitions- und Finanzierungstätigkeit	
Einzahlungen:	3.473.851 €
Auszahlungen:	4.285.038 €

2

Um es direkt vorweg zu nehmen: Das erst Anfang November deutlich gewordene Wegbrechen der Gewerbesteuererträge und die damit einhergehende desaströse Haushaltslage zum Jahresende wird sich aller Voraussicht nach auch im Jahr 2012 fortsetzen. Der heute eingebrachte Etat-Entwurf für das Jahr 2012 schließt mit einem Defizit von rd. 9 Mio. Euro und hat damit eine in der Gemeinde Jüchen bislang noch nicht dagewesene Größenordnung erreicht.



4

Konnte sich die Gemeinde Jüchen in den Jahren 2008 bis 2010 noch über satte Gewerbesteuernachzahlungen und damit auch über positive Jahresabschlüsse freuen, erwarten wir für das Jahr 2011 ein negatives Jahresergebnis von rd. 10 Mio. Euro.

Neu ist nicht nur die Dramatik, sondern auch die fehlende Perspektive bei der Lösung der strukturellen Finanzkrise.

Neu sind aber auch die Auswirkungen der derzeitigen europäischen Entwicklungen. Stichwort: Griechenland und die Folgen auf die weitere Entwicklung der Kommunalfinanzen.

Deshalb erlauben Sie mir, dass ich zum besseren Verständnis dieser Folgen kurz bei Europa anfangen. Ich lehne mich bei meiner Einschätzung eng an aktuelle Aussagen des Städte- und Gemeindebundes an.

Mittlerweile ist allen klar, dass die Politik darauf bestehen muss, dass es in Griechenland einen Schuldenschnitt gibt. Mit dabei sein werden auch sämtliche Gläubigerbanken. Und der Prozentsatz wird dabei wohl höher sein als ursprünglich geplant

Das bedeutet, dass auch viele deutsche Banken erhebliche Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen vornehmen müssen. Die Konsequenz: Das Eigenkapital wird je nach Abschreibungsbedarf sinken. Und weil die Politik die berechtigte Sorge hat, dass das Eigenkapital unter eine bestimmte Kernkapitalquote absinken könnte, wird eine Zwangskapitalisierung der Banken überlegt. Hierzu soll der Bankenrettungsfonds Soffin aktiviert werden. Ziel ist es, die Banken mit so viel Eigenkapital auszustatten, dass sie künftige Krisen ohne staatliche Hilfen überstehen können.

Denn die Pleite systemrelevanter Banken ist mit nicht kalkulierbaren Risiken für Staat und Gesellschaft verbunden, das gilt auch für Deutschland. Die Hypo-Real-Estate hat dies bereits gezeigt.

Wir stellen also fest: Wenn es um systemrelevante Banken geht, ist der Bund ohne Zögern bereit, innerhalb von Tagen Milliarden Euro locker zu machen.

Gleichzeitig sieht er tatenlos zu, wie wir an den sozialen Lasten regelrecht zerbrechen, die uns der Bund selbst auferlegt hat. Er hätte also erheblich mehr Grund, uns zu helfen als den Banken. Denn die Banken erfüllen keine hoheitlichen Aufgaben, ihnen hat der Bund keine Lasten auferlegt; die Banken haben sie zumeist selbst geschaffen.

Deshalb sind viele Bürger verärgert darüber, dass sie als Steuerzahler erneut Banken retten sollen, während ihr eigenes Wohlergehen nicht im Focus derselben Politik steht. Die weltweiten Demonstrationen gegen die Finanzwirtschaft sind ein deutliches Zeichen ihrer Wut. Auch in Deutschland haben die Bürger Angst vor den Folgen der Schuldenkrise. Sie fragen sich zu Recht:

- sind die Kommunen und ihre Bürger weniger systemrelevant als Banken,
- sind sie für das Staatsgefüge weniger wichtig als Banken?

Wo doch die Kommunen nach Meinung aller

- die Keimzelle der Demokratie sind
- und wesentliche staatliche Zukunftsaufgaben erfüllen wie Bildung, Betreuung, Integration, Ver- und Entsorgung und Wirtschaftsförderung.

Richtig ist: Die Übernahme der Kosten der Grundsicherung in Höhe von 4 Mrd. € durch den Bund ist ein wichtiger, aber auch nur ein erster, Schritt. Bei insgesamt 42 Mrd. Euro kommunalen Lasten im Sozialbereich bundesweit sind das aber nur 10 Prozent der Kosten und deswegen bei weitem nicht ausreichend.

Denn bei einem Wachstum der Sozialausgaben von rd. 2,4 Mrd. Euro pro Jahr wird der Entlastungseffekt in weniger als zwei Jahren verpufft sein. Vor allem steigende Fallzahlen und Kosten bei der Behindertenhilfe sind hierfür verantwortlich.

Meine Damen und Herren, ich glaube wir sind uns einig, dass Land und Kommunen nicht in der Lage sind, die strukturelle Ursache der kommunalen Finanzmisere zu beseitigen. Ohne weitere Hilfen des Bundes haben wir keine Chance, dieses Problem zu lösen. Wenn es aber jetzt nicht nachhaltig gelöst wird, werden wir in wenigen Jahren an der Explosion der Kassenkredite förmlich zerbrechen.

Wie geht es nun nach Griechenland weiter, was sind die konkreten Auswirkungen auf die Kommunen?

Wenn der Bund die Banken unterstützt, weil sie nach der Abschreibung der Staatsanleihen Eigenkapitalprobleme haben, dann steht fest: Diese Banken werden nicht mehr in der Lage sein,

- im bisherigen Umfang und
- zu den bisherigen Konditionen Kredite an finanzschwache Kommunen zu vergeben.

Pressemeldungen, wonach eine Bank aus dem Münsterland einer Kommune den Geldhahn zugekehrt hat, sind ein erstes Warnsignal.

Es ist allgemein bekannt, dass viele Banken seit Jahren die Kommunen intern „raten“. Es gibt Informationen, dass einige Banken daraus unter dem Einfluss von Griechenland erste Konsequenzen ziehen. Viele Banken werden günstige Konditionen nur noch an solche Kommunen vergeben, die nicht im HSK oder gar im Nothaushalt stecken.

Die KfW hat Kenntnis des StGB schon Konsequenzen gezogen. Oberhalb eines Gesamtkreditbetrages von 5 Mio. Euro pro Kommune wird die Darlehenshöhe pro Einwohner geprüft. Erreicht der Kassenkreditbestand in der Kommune 750 Euro pro Kopf, ist bei der KfW Schluss (Jüchen: $750 \text{ €} * 22.500 = 17 \text{ Mio./€}$).

Hintergrund der neuen Vorsicht der Geldinstitute ist auch die Regulierung von Basel III. Sie verpflichtet Banken und Sparkassen mehr Eigenkapital vorzuhalten. Danach sind wohl auch Sparkassen verpflichtet - anders als bisher -, für Kommunalkredite entsprechendes Eigenkapital zu vorzuhalten.

Wir konkurrieren derzeit zudem mit Unternehmen und Privatleuten, die den Banken durch höhere Zinsen mehr Profit einbringen.

Hinzu kommt, dass die Banken ihre negativen Erfahrungen mit Griechenland auch auf die kommunale Ebene übertragen. Sie gehen offensichtlich davon aus, dass wegen des steigenden Kassenkreditbestandes eine Pleite von Kommunen in Zukunft nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Je schneller die Kredite wachsen, je größer wird die Angst. Es ist die Angst, im Falle einer kommunalen Pleite auf einen Großteil der Forderungen verzichten zu müssen.

Aber die Pleite einer Kommune kann auch der Bund nicht zulassen. Denn dann würde das gesamte öffentliche Leben still stehen: kein Brandschutz, keine Schule, keine Betreuung, keine Integration, keine Auszahlung von sozialen Leistungen – eine Vorstellung, die völlig undenkbar ist.

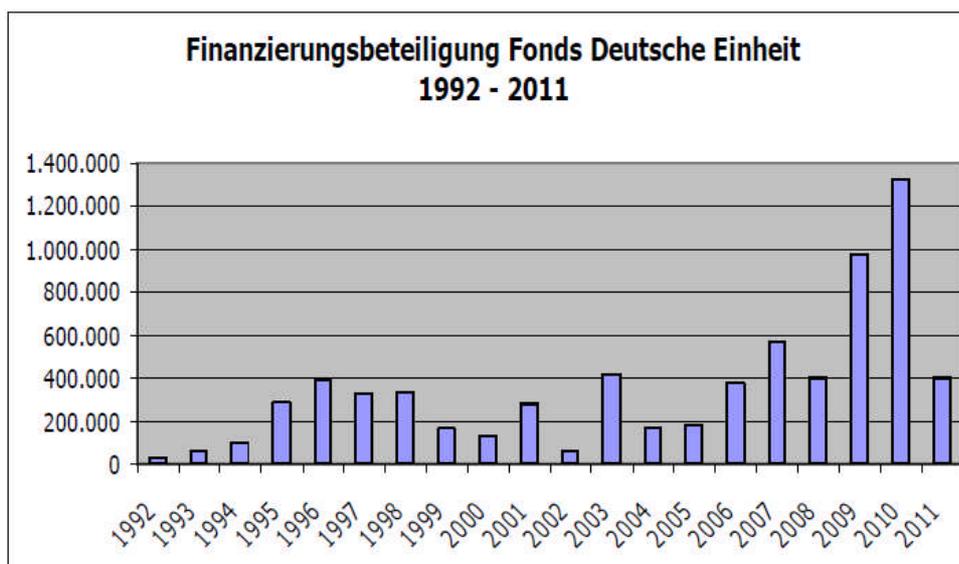
Und weil nicht sein kann, was nicht sein darf, wäre spätestens dann der Bund gefordert, im Rahmen von Notprogrammen dies zu verhindern.

Spätestens dann würde deutlich, dass der Ost-Soli in keiner Weise mehr zu begründen ist. Denn es kann nicht sein, dass die Ost-Kommunen flächendeckend Überschüsse erwirtschaften und sich Gedanken machen, wie sie diese möglichst rentabel anlegen, während die Kommunen in NRW Den Ost-Soli durch Kassenkredite in Milliardenhöhe finanzieren.

Herr Priggen, der Fraktionschef der Grünen im Landtag, hat Recht, wenn er die Landesregierung zu einer baldigen Bundesratsinitiative auffordert, um diesen Ost-Soli schnell zu beenden. Die Kommunen in NRW haben bis jetzt rd. 5 Mrd. Euro in den Osten überwiesen und müssten bis 2019 noch weitere 3 Mrd. Euro aufbringen, und dies - wie gesagt – zumeist aus Kassenkrediten.



Haushaltsbuch 2012 – Entwurf-



Wie hat sich die Haushaltslage in Jüchen entwickelt?

Lassen Sie mich in aller Kürze und Klarheit etwas zu den Ursachen für diese für Jüchen mehr als prekäre Entwicklung sagen: fest stand, dass mit dem Steigen der eigenen Steuerkraft eine Reduzierung der bislang erhaltenen Schlüsselzuweisungen erfolgen würde; dass es jedoch eine Reduzierung auf Null wird, damit konnte niemand rechnen. Mit den neuen Berechnungsmodalitäten für die Schlüsselzuweisungen hat die Landesregierung nicht nur dafür gesorgt, dass von den Verbesserungen im

Finanzausgleich in Jüchen überhaupt nichts ankommt. Darüber hinaus hat man uns so reich gerechnet, dass die zunächst bei Einbringung des Haushaltsentwurfs für 2011 eingeplanten Schlüsselzuweisungen von 2 Mio. Euro komplett wegfielen.

Aber es wird noch dicker kommen: Für 2012 und die folgenden Jahre sollen die Berechnungsmodalitäten noch weiter zulasten des ländlichen Raumes verändert werden. Folge für Jüchen: wir werden auf Dauer – evtl. mit Ausnahme des Jahres 2013, da in dem für dieses Jahr maßgebenden Referenzzeitraum geringere eigene Steuereinnahmen zu verzeichnen sind – mit Erträgen aus Schlüsselzuweisungen zu rechnen haben, die nicht einmal mehr eine Million ausmachen werden. ----Wenn überhaupt -----.

Damit aber noch nicht genug. Der vom Land geplante „Stärkungspakt Gemeindefinanzen“ ist von seiner Idee sicher gut gemeint. Weniger gut ist jedoch, dass die hierfür bereitgestellten Mittel nur zu einem Teil vom Land kommen. Ein weiterer Teil soll aus der kommunalen Familie selbst kommen, und zwar aus Mittel des Gemeindefinanzierungsgesetzes, also aus dem kommunalen Finanzausgleich, nachdem die sogenannte Abundanzumlage zunächst vom Tisch zu sein scheint. Das halte ich nach wie vor für den falschen Weg. Eine zweite Stufe an Konsolidierungshilfen verdient nur dann diesen Namen, wenn das Land dafür zusätzliche Mittel bereit stellt.

Für das Modell der Landesregierung, ebenso wie für das Modell der Opposition gilt: Die zur Verfügung gestellten Mittel sind bei weitem nicht ausreichend, um das strukturelle Problem auch nur annähernd zu lösen. Ohne weitere massive Bundeshilfen wird es nicht gehen. Die Konsequenz ist:

- Wir werden die kommunalen Haushalte nicht strukturell ausgleichen können.
- Wir werden folglich nicht in der Lage sein, den Aufwuchs der Kassenkredite zu stoppen.

Was wir allenfalls schaffen, ist – je nach Mitteleinsatz – diesen Aufwuchs abzumildern. Beide Modelle sind also nur ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Die Landesregierung muss ihren Mitteleinsatz wesentlich erhöhen und darauf verzichten, schon ab der zweiten Stufe die Mittel rein kommunal zu finanzieren.

Die vorgelegten Lösungsvorschläge sind nach alledem wegen des geringen Mitteleinsatzes und der fehlenden Beteiligung des Bundes nur der Versuch, das Problem auf der Zeitachse zu verschieben, statt zu lösen.

Es darf keine Endlosschleife geben, es darf nicht immer neue Programme geben, in die Kommunen einzahlen müssen. Wir sind nicht bereit, kommunales Geld in einem Fass ohne Boden zu versenken.

Aber genau darum geht es jetzt beim Stärkungspakt. Wir haben eben festgestellt, dass die Mittel auch nicht nur annähernd ausreichen, um das Problem zu lösen. Das heißt, es wird wahrscheinlich eine Stufe 2, eine Stufe 3, eine Stufe 4 und wahrscheinlich in wenigen Jahren schon weitere Nothilfeprogramme geben, um den Bankrott von immer mehr gefährdeten Kommunen zu verhindern. Denn beim Stärkungspakt, aber auch beim Konzept der CDU, werden die Kassenkredite weiter ansteigen.

Die kommunale Solidarität würde sich immer weiter ausweiten. Diejenigen Kommunen, denen es jetzt noch ein wenig besser geht, würde man ebenfalls krank machen, ohne im Gegenzug die kranken Kommunen gesund zu machen.

Die Landesregierung muss zudem künftig auf Wohltaten verzichten und erkennen, dass es derzeit nichts Wichtigeres gibt als die Rettung der Kommunen.

Die Beitragsfreiheit für das dritte Kindergartenjahr und die Abschaffung der Studiengebühren waren Fehler. Aber ich möchte das gar nicht weiter problematisieren. Entscheidend ist, dass das Land fortan auf weitere Wohltaten verzichtet, wie z. B. die Beitragsfreiheit für das erste und zweite Kindergartenjahr.

Auch wenn sozialpolitisch dafür gute Gründe sprechen mögen, im Vergleich zur Rettung der Kommunen sind sie zweitrangig. Denn was haben die Eltern von einem beitragsfreien Kindergarten, wenn dieser im Falle der Pleite der Stadt geschlossen werden müsste?

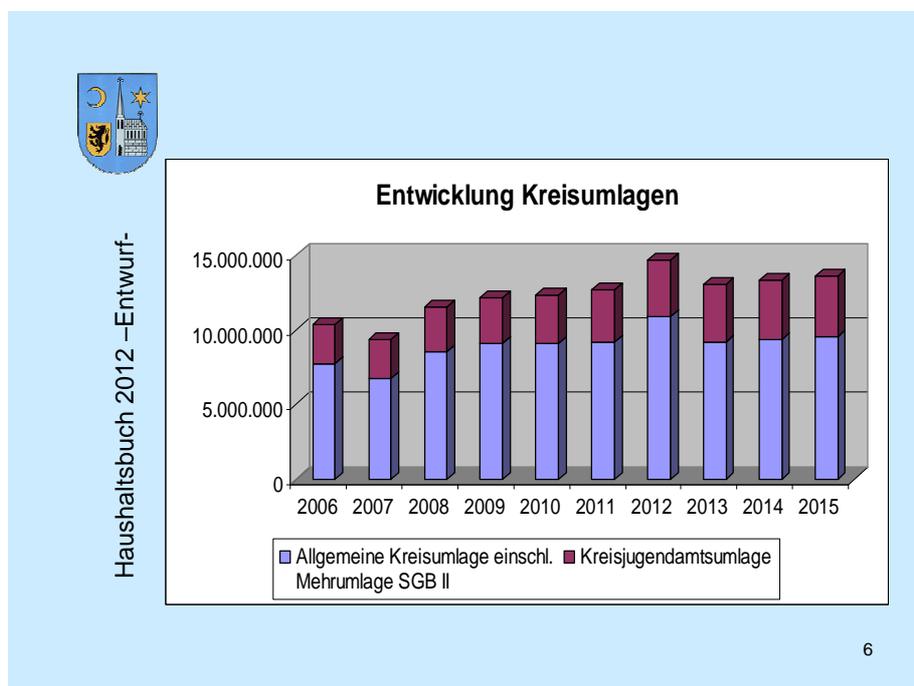
Es gibt eine Reihe von Kommunen –und dazu gehört auch die Gemeinde Jüchen-, die zwar keine Schlüsselzuweisungen mehr bekommen im GFG 2012, vor allem weil der Soziallastenansatz massiv verändert wird, aber dennoch im HSK oder sogar im Nothaushalt sind.

Und diese Kommunen müssen über Kassenkredite die sinkenden Landeszuweisungen an den Kreishaushalt finanzieren, damit andere Städte und Gemeinden weniger Kassenkredite aufnehmen. Das ist das Prinzip rechte Tasche, linke Tasche. Das Ziel, den Aufwuchs der Kassenkredite zumindest abzumildern, wird glatt verfehlt.

Zudem ist festzustellen, dass die Prämisse des Innenministers, dass durch die Übernahme der Grundsicherung durch den Bund eine Entlastung bei den kreisangehörigen Städten eintritt, wahrscheinlich so nicht zutrifft. Es ist zu erwarten, dass die Minderausgaben bei der Grundsicherung kompensiert oder sogar überkompensiert werden durch Zuwächse vor allem bei der Behindertenhilfe.

Trotz der voraussichtlichen Minderausgaben bei der Grundsicherung wird es eine Minderung oder eine Senkung der Umlagebelastung bei den Landschaftsverbänden auf Dauer nicht geben.

Das bedeutet, die absolute Belastung für die Städte und Gemeinden wird sich nicht reduzieren. Eine „Entlastung“ im Wortsinne wird nicht eintreten.



Weitere Folge unserer in den letzten Jahren und noch besonders im Jahr 2010 sprudelnden Gewerbesteuererträge ist außerdem die Höhe der zu zahlenden Kreisumlagen. Gegenüber dem Vorjahr hat die Gemeinde Jüchen im maßgeblichen Referenzzeitraum eine um rd. 5 Mio. € höhere Steuerkraft. Nach den jetzt vorgelegten Eckdaten des Rhein-Kreises Neuss ist zwar beabsichtigt, den Umlagesatz für die allgemeine Kreisumlage um 1,13 % auf 43,26% zu senken, jedoch führt dies im Ergebnis für Jüchen in der absoluten Betrachtung trotzdem zu einer Steigerung von voraussichtlich rd. 1,76 Mio. €, ggf. etwas weniger, sofern die positive Prognose des Rhein-Kreises, was die SGB II-Leistungen anbelangt, sich verfestigt.

Bevor ich jedoch konkreter auf den Haushaltsentwurf für das Jahr 2012 eingehe, lassen Sie mich kurz auf das im zu Ende gehenden Jahr Erreichte eingehen:

- Der Ausbau der Familienzentren in den Kitas mit KPfII-Mitteln und
- der Ausbau der U3-Betreuung in den Kitas in Stessen und Jüchen ist abgeschlossen.
- Der Ausbau der Kita Garzweiler hat begonnen
- Die energetischen Sanierungsarbeiten aus KPfII-Mitteln an der GTHS und der GS in Jüchen wurden in diesem Jahr abgeschlossen
- Die Errichtung einer Sekundarschule wurde nach intensiver Vorarbeit in der letzten Ratssitzung beschlossen (Einstimmige Entscheidung, Kooperation mit Gymnasium –Bestandsgarantie-, Inklusion)
- Eine erste Ansiedlung im Gewerbegebietes Robert-Bosch-Str. in Jüchen-Ost konnte aquiriert werden.
- Die Erweiterung der Firma 3M durch ein von der Firma Kleine betriebenes Logistikzentrum im Gewerbegebiet Jüchen-Ost steht kurz vor der Fertigstellung. Die Gemeinde hat für die Infrastruktur, d. h. Kanalbau, Straßenbau einschl. Kreisverkehr und Ökoausgleich rund 2,5 Mio. € aufbringen müssen.
- Die Fa. Mc Donald wird in der Nachbarschaft bereits am 30.12.2011 ihre Filiale mit einem McCafé eröffnen.
- Die Vermarktung des Neubaugebietes Auenfeld läuft gut. Aktuell sind 137 der insgesamt 250 Grundstücke verkauft (2x10 an zwei Investoren, die Häuser für Familien bauen).
- Im gemeinsamen Gewerbegebiet Regiopark wird die Firma Esprit in Kürze ihren Betrieb mit 500 neuen MA aufnehmen.
- Am 8. November 2011 erfolgte der 1. Spatenstich für eine weitere Großansiedlung im Regiopark. Die Firma DHL siedelt sich dort mit einer weiteren Ausbauphase zunächst auf einem rd. 40.000 m² großen Areal an; es sollen rd. 250 Arbeitsplätze für die Region entstehen.
- Einzelhandelskonzept auf den Weg gebracht. U. a. um das Gewerbegebiet Robert-Bosch-Str. breiter nutzen zu können

-
- In Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ministerium, Straßen NRW, RKN und RWE wurden die Grundlagen erarbeitet, um die Planung der geforderten L354N anstoßen zu können
- WEA (Planung, Verträge)
- Neues Buslinienkonzept (jährl. Einsparung: 150.000 €)
- Öko- und Freiraumkonzept erarbeitet
- Sanierung Hallenbad Jüchen (überwiegend KPII) bis Jahresende
- Haus Katz Barriere frei
- Baubeginn 3-fach Halle

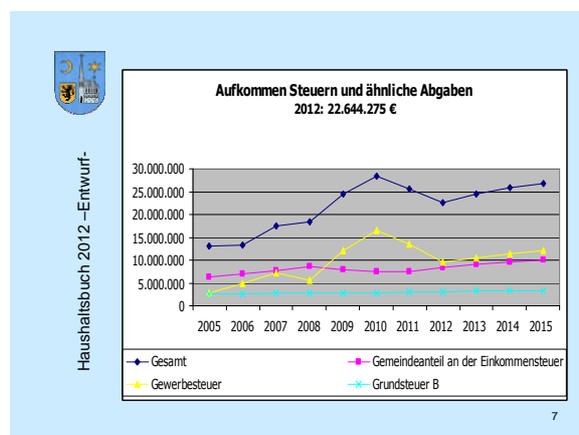
Lassen Sie mich nach Blick auf die Projekte des Jahres 2011 nun zu den konkreten Zahlen des Haushaltsentwurfs 2012 kommen:

Eckdaten



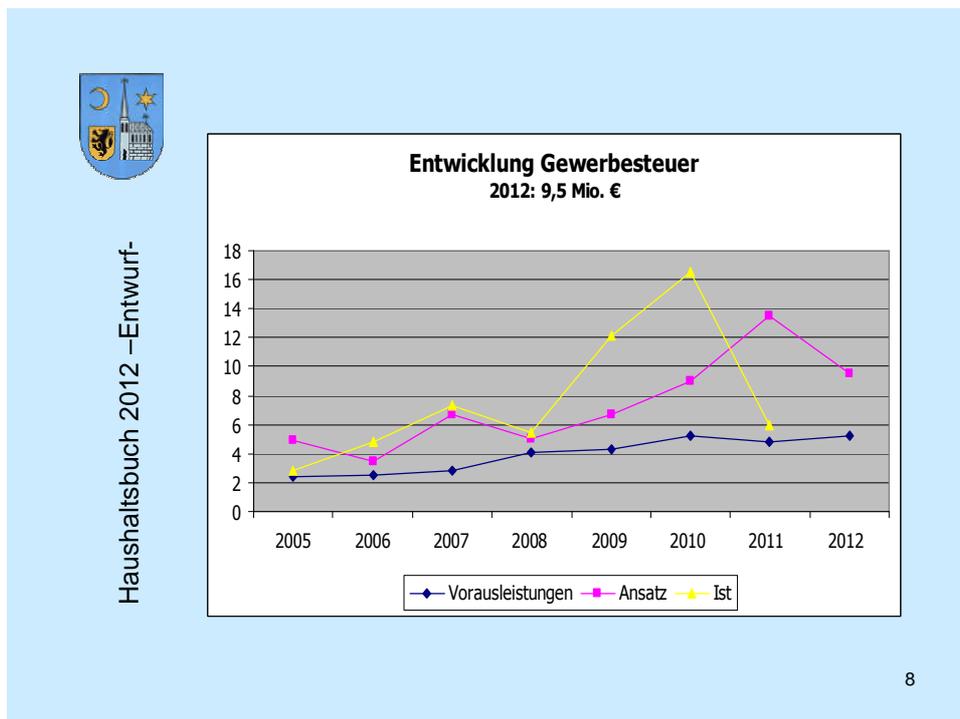
Das „planmäßige“ Defizit von rd. 9 Mio. Euro muss durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage gedeckt werden.

Der Bereich Steuern/Umlagen stellt mit 27,2 Mio. € rd. 81,5 % der gesamten Erträge dar. Die größten Aufwandsblöcke sind der Personal- und Sachaufwand mit 15 Mio. €, was rd. 35,5 % entspricht, und die Transferaufwendungen mit 18,5 Mio. €, was rund 44% der Gesamtaufwendungen entspricht.

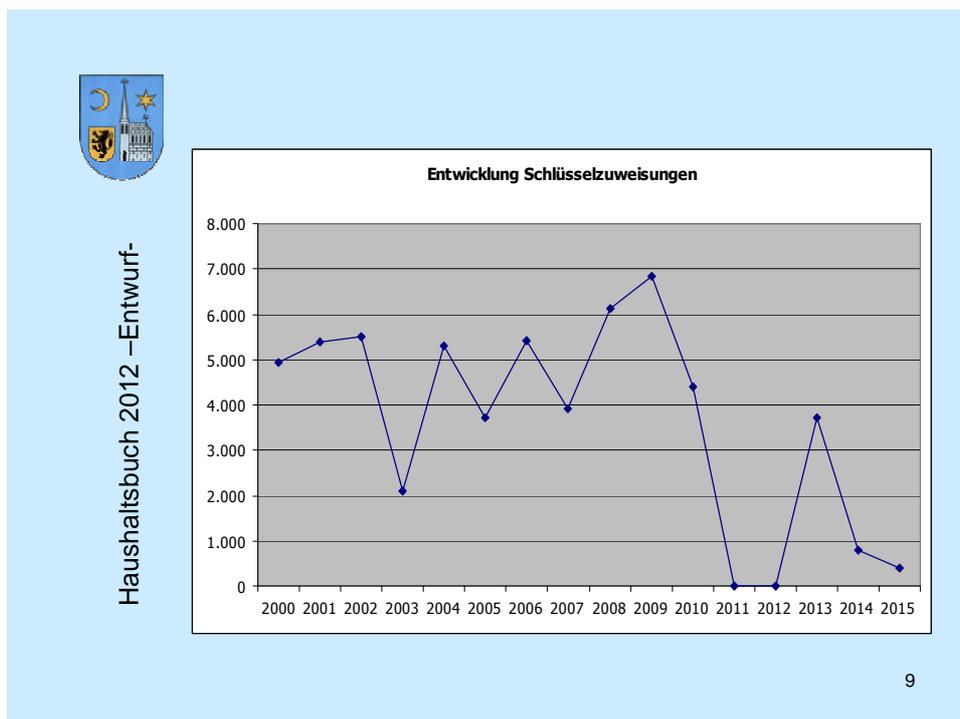


Hier

zeigt sich deutlich das Absinken der Gewerbesteuer. Die Erträge aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nehmen eine erfreuliche Entwicklung und steigen leicht an.



Die Grafik lässt erkennen, wie wenig planbar die Entwicklung der Gewerbesteuer für die Gemeinde ist. Zwischen 2005 und 2011 waren Vorausleistungen von etwas mehr als 2 bis ansteigend auf rd. 5 Mio. Euro zu erwarten. Die tatsächlichen Zahlungen beliefen sich auf etwa nur 2,4 Mio. in 2005 bis hin zu 16,4 Mio. in 2010.



Konten im Jahr 2010 noch immerhin 4,4 Mio. € an Schlüsselzuweisungen vereinnahmt werden, so muss in den Jahren 2011 und 2012 ganz auf Schlüsselzuweisungen verzichtet werden. Für die folgenden Jahre sind die Ansätze wie folgt zu planen:

- **2013** **3.724.000 €**
- **2014** **804.000 €**
- **2015** **398.000 €**

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer kann als Ergebnis der aktuellen Steuerschätzungen auf 8,5 Mio. € veranschlagt werden. Das sind rd. 100 TEUR mehr als noch im heute eingebrachten Entwurf veranschlagt sind. Zur Drucklegung lagen die Ergebnisse der Regionalisierung der Steuerschätzung noch nicht vor.

Aufwendungen



Veränderungen Aufwand gegenüber Vorjahr

Haushaltsbuch 2012 – Entwurf-	2011	2012	(+/-)
Personalaufwendungen	8.734.504	8.828.369	93.865
Aufwand für Sach- und Dienstleistungen	6.337.258	6.212.811	-124.447
Bilanzielle Abschreibungen	3.755.561	3.836.821	81.260
Transferaufwendungen	17.104.511	18.533.732	1.429.221
Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.937.852	3.143.824	205.972
Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen	1.842.051	1.861.876	19.825
	40.711.737	42.417.433	1.705.696

10

Die Summe der Aufwendungen ist im Vergleich zum Jahr 2011 um rd. 1,8 Mio. Euro

davon 1,4 Mio. Transferaufwendungen= plus rd. 2 Mio. Kreisumlagen, aber Reduzierung Gewerbesteuerumlagen um rd. 600 TEUR.

von rd. 40,7 Mio. € auf rd. 42,5 Mio. € angestiegen. Die Gegenüberstellung der Jahre 2011 und 2012 macht deutlich, dass die Steigerung der „Transferaufwendungen“, sprich der Kreisumlagen Hauptursache ist.

Bei den Personalaufwendungen ist im Vergleich zum Jahr 2011 ein Anstieg von rd. 94 TEUR Euro zu verzeichnen. Dieser Mehraufwand resultiert im Wesentlichen aus:



Personalaufwendungen im Vorjahresvergleich

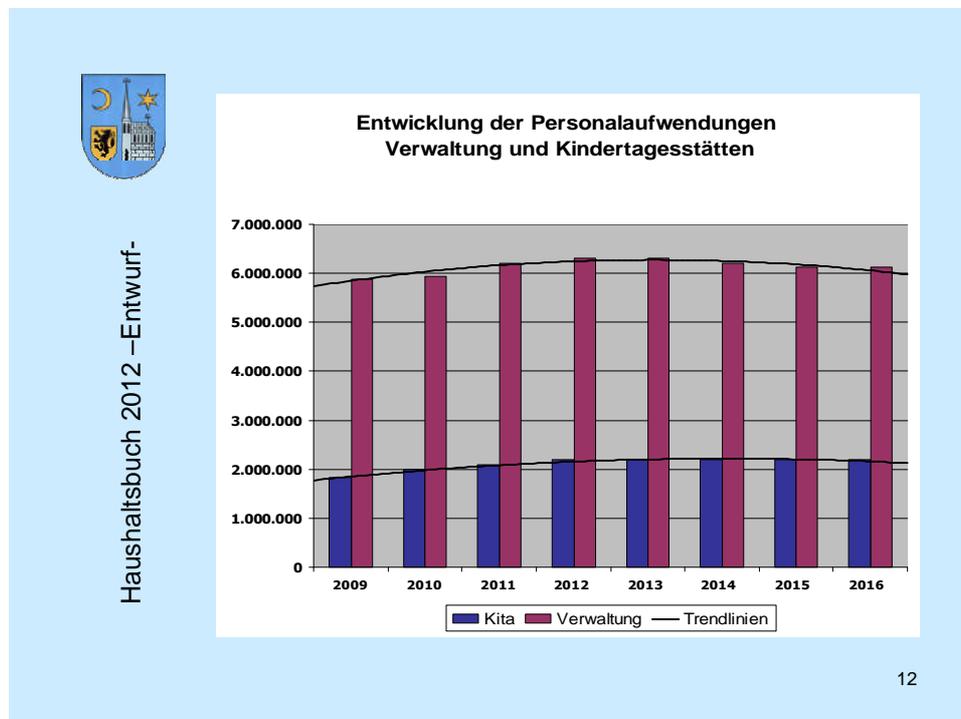
Haushaltsbuch 2012 – Entwurf-

	2011	2012	(+/-)
Bezüge der Beamten	935.605	1.004.407	68.802
Vergütung Tarifbeschäftigte	5.241.098	5.271.297	30.199
Vergütung § 18 TVöD	73.334	85.702	12.368
Versorgungskasse Beamte	522.363	573.687	51.324
Versorgungskasse Tarifbeschäftigte	411.547	413.131	1.584
Gesetzl. SV Tarifbeschäftigte	1.050.892	1.082.150	31.258
Beihilfen und Unterstützungsleist.	70.000	75.000	5.000
Zuführung zu Pensionsrückst.	261.972	172.932	-89.040
Zuführung zu Beihilferückst.	77.692	60.062	-17.630
Versorgungsaufwendungen Beihilfen	90.000	90.000	0
	8.734.503	8.828.368	93.865

11

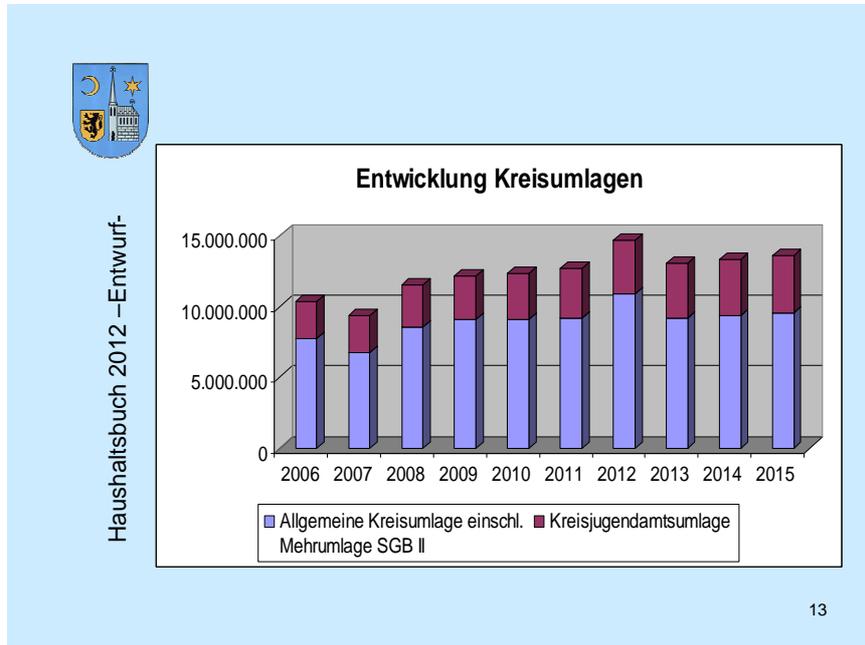
- bekannten Tarifabschlüssen
- Neueinrichtung altersgemischter Gruppen in den Kindertagesstätten
- verstärktem Winterdienst
- gestiegene Beiträge zur Versorgungskasse

Die Personalkostenentwicklung stellt sich wie folgt dar:



Die Personallastquote für die Gemeinde Jüchen beträgt insgesamt 21,55 %. Dies ist in der interkommunalen Betrachtung vergleichsweise hoch. Der Mittelwert für Kommunen unserer Größenordnung liegt bei 20,5 %. Berücksichtigt man jedoch die Aufwendungen des Abwasserbetriebes - die Personalaufwendungen des Abwasserbetriebes sind in den Gesamtpersonalaufwendungen enthalten – beläuft sich die Personallastquote bei einem künftigen Gesamtabschluss auf nur 18,96 %. Des Weiteren darf bei der Gesamtbetrachtung nicht unbeachtet bleiben, dass die Personalaufwendungen – ohne die Aufwendungen für Personal der Kindertagesstätten – tendenziell leicht abnehmen. Dies wird jedoch überlagert durch die tendenziell stärkere Zunahme der Personalaufwendungen im Bereich der Kindertagesstätten.

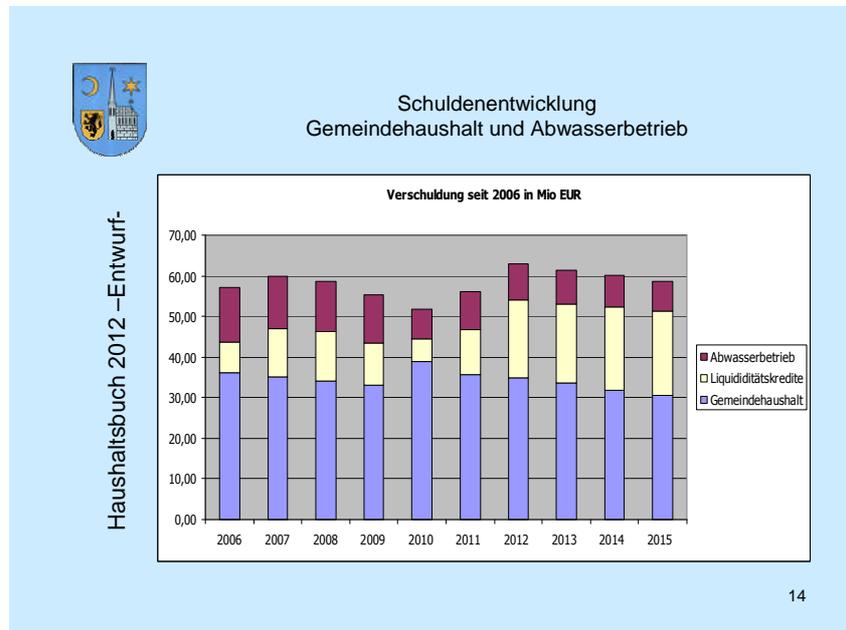
Kreisumlagen



Wie bereits eingangs erwähnt, ist auf Grund der eigenen guten Steuerkraft in 2010 und der damit auch steigenden Umlagegrundlage in der absoluten Betrachtung - obschon der Rhein-Kreis Neuss in seinen Eckdaten eine Senkung des Umlagesatzes von 1,13 v. H. kalkuliert - mit einer Erhöhung der allgemeinen Kreisumlage von rd. 1,7 Mio. € zu rechnen. Zusätzlich steigt die Jugendamtsumlage für unsere Gemeinde, obwohl die Gesamtaufwendungen des Jugendamtes sinken, um 278.000 € zu Gunsten von K'broich und Roki. Der Kreisetat enthält zudem noch Risiken i.H.v. 9,5 Mio. Euro, die ansonsten als Rückgriff in die Ausgleichsrücklage dargestellt werden müssten:

- Senken der LVR-Umlage von 17,0 v.H. auf 16,25 v. H. 4,2
 - Keine Tarifsteigerungen 1,1
 - Änderung §12a SGB II (Grundsicherung f. Arbeitssuchende) 2,5
 - SGB II, Änderung Sonderbedarf noch offen 1,3
 - SGB XII Regelsatzerhöhung Soz.-Hilfe nicht eingeplant 0,4
- Summe: 9,5**

Entwicklung der Verschuldung



Diese Grafik zeigt die voraussichtliche Schuldenentwicklung bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes 2015

- Finanzplanungszeitraum nach GO bzw. GemHVO ist bis 2015; Fortschreibung bis 2020 nur wegen HSK § 76 GO „verlängerter“ Ausgleichszeitraum.

auf.

Dargestellt sind die Gesamtverbindlichkeiten des Gemeindehaushalts, des Abwasserbetriebs und die Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten. Zwar sinken tendenziell die langfristigen Verbindlichkeiten für Investitionen; jedoch ist der Anstieg der Liquiditätskredite als unmittelbare Folge der für die nächsten Jahre auszuweisenden Haushaltsdefizite unausweichlich.

Fazit

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Als Fazit ist festzuhalten:

Der Haushalt 2012 weist ein Defizit von rd. 9 Mio. € aus. Der noch bei Planung des Haushalts 2011 unter Einbeziehung von Konsolidierungsmaßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes für möglich gehaltene Ausgleich im Jahr 2014 ist damit in weite Ferne gerückt.

Es gilt, unsere Haushaltslage durch geeignete Maßnahmen dauerhaft und nachhaltig zu verbessern. Ansonsten droht auch unserer Gemeinde unausweichlich die Überschuldung. Dies muss für uns bedeuten, dass wir uns mit aller Kraft dem Gespenst „Überschuldung“ entgegenstellen, um unseren Kindern und Enkeln noch Handlungsspielräume für die Zukunft zu ermöglichen.

Ich möchte an dieser Stelle den Politiker Peer Steinbrück in leicht abgewandelter Form aus seinem Buch „Unterm Strich“ zitieren:

„Eine gute Zukunft unserer Gemeinde hängt davon ab, dass Politik und Bürger sich offen eingestehen, welche **Schnitte** nötig sind, statt Tabus zu pflegen und mit unhaltbaren Versprechungen von den Problemen abzulenken“.

Meine Damen und Herren,

Das mit dem Haushalt 2010 aufgestellte Haushaltssicherungskonzept ist für die Folgejahre fortzuschreiben. Konnte man noch bei der Planung für den Haushalt 2011 davon ausgehen, dass ein Haushaltsausgleich unter Berücksichtigung der Konsolidierungsmaßnahmen für das Jahr 2014 möglich erschien, so lässt die aktuelle Haushaltsplanung einen Ausgleich für 2014 nicht mehr erwarten, so dass das auf Basis des Haushalts 2012 fortgeschriebene Haushaltssicherungskonzept nach alter Rechtslage nicht mehr genehmigungsfähig wäre.

Der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen hat in seiner Sitzung am 18. Mai diesen Jahres das Gesetz zur Änderung des § 76 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beschlossen. Durch die Novellierung wird den Kommunen ein verlängerter Ausgleichszeitraum von 10 Jahren eingeräumt. Dies gilt zwar zunächst nur für die Kommunen, die nach dieser Novellierung erst in die Verpflichtung kommen, ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen zu müssen. Jedoch räumt ein Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 09.08.2011 auch den Kommunen einen verlängerten Konsolidierungszeitraum ein, die den Ausgleich durch nicht absehbare und von der Kommune nicht zu beeinflussende erhebliche Veränderungen nicht erreichen können. Dies trifft für die Gemeinde Jüchen durch den Umstand der in erheblichem Maße wegbrechenden Gewerbesteuererträge zu.

Die fortgeschriebene Ergebnisplanung bis 2020 lässt unter Berücksichtigung aller vorgeschlagenen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen einen Ausgleich erst wieder im Jahr 2018 erwarten. Lt. Runderlass des MIK bleibt es aber auch bei einer Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes bei der Verpflichtung, den Haushalt zum nächstmöglichen Zeitpunkt wieder auszugleichen. Die Änderung des § 76 GO NRW räume den Kommunen nicht das Recht ein, sofort umsetzbare Konsolidierungsmaßnahmen über 10 Jahre zu strecken. Machbare Konsolidierungsmaßnahmen dürften nicht auf zukünftige Jahre verlagert werden. Das Haushaltssicherungskonzept, das Ihnen heute ausgehändigt wird enthält deshalb die aus Sicht der Verwaltung machbaren Einsparungen, insbesondere im freiwilligen Aufgabenbereich und die vertretbaren Einnahmeerhöhungen in allen Haushaltsbereichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
das Haushaltssicherungskonzept, das ich Ihnen heute vorlege sieht Konsolidierungsbeiträge von 585.000 € im Jahr 2012 vor. Der Beitrag steigert sich bis zum Jahr 2018 auf rund 1.300.000 €. Ich gehe an dieser Stelle bewußt nicht auf Einzelheiten der vorgeschlagenen Einnahmeerhöhungen und Ausgabensenkungen ein. Ich möchte aber nochmal deutlich machen, dass wir ohne Konsolidierungsbeiträge in der vorgeschlagenen Höhe dauerhaft in den Nothaushalt rutschen werden und sich damit die politischen Gestaltungsmöglichkeiten des Rates auf ein Minimum reduzieren würden.

Auch in diesem Jahr haben wir den Etatentwurf nach bestem Wissen und Gewissen aufgestellt und ich bedauere es, Ihnen keine besseren Zahlen vorlegen zu können. Ihr Gestaltungsspielraum bei den Etatberatungen ist äußerst gering. Die kommunale Selbstverwaltung stößt an Ihre Grenzen.

Ich appelliere ganz eindringlich an Sie, meine Damen und Herren, lassen Sie sich in den jetzt folgenden Beratungen in Ihren Fraktionen nicht zu einer Diskussion verleiten, ob z. B. ein Sparen beim Sport eher möglich ist wie beim Brauchtum oder eventuell der Kulturbetrieb stärker sparen soll wie beispielsweise der Sozialbereich.

Aus meiner Sicht ist es unausweichlich, dass alle, ich betone: alle Bereiche auf den Prüfstand gestellt werden. Wir sollten jede vertretbare und zumutbare Möglichkeit nutzen, unsere Ausgaben zu reduzieren und die Einnahmen zu verbessern.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir die dazu erforderliche Kraft und Kreativität gemeinsam für eine gute Zukunft unserer Gemeinde aufbringen können und das wir trotz der äußerst schwierigen Rahmenbedingungen für den Haushalt 2012 eine breite Mehrheit im Rat finden werden.

Ich darf mich abschließend beim Verwaltungsvorstand und bei den beteiligten Mitarbeitern in der Verwaltung, besonders beim Team der Kämmerei um Herrn Kalibe und Frau Esser für die geleistete Arbeit bedanken.

Als Bürgermeister werde ich die Fraktionen mit der Verwaltung bei der Beratung des Haushaltes 2012 gerne nach Kräften unterstützen



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!